

USA. Donald Trump feuerte die Chef-Statistikerin der Arbeitsmarkt-Aufsicht. Das erinnert an Fälle in Griechenland, Argentinien - und an Recep Erdoğan.

Trump sagt Statistikern den Kampf an

Von unserer Korrespondentin
ELISABETH POSTL

New York/Washington, D. C. „Es ist Betrug.“ Donald Trump stand am Sonntagabend vor seinem Dienstflugzeug, der Air Force One, in Pennsylvania, auf den Abtransport nach Washington, D. C. wartend. Das Wochenende hatte der US-Präsident in seinem privaten Golfklub in New Jersey verbracht - nachdem er am Freitag die Chefin der nationalen Behörde für Arbeitsmarktdaten gefeuert hatte. „Die Zahlen waren wahnwitzig.“

Die konkreten Zahlen, die Trump auf die Palme und der Chef-Statistikerin das Kündigungsschreiben brachten, waren das monatliche Update aus dem unabhängigen Bureau of Labor Statistics (BLS). Und sie verhiessen nichts Gutes für den US-Arbeitsmarkt. Nur 73.000 neue Jobs seien im Juli von US-Unternehmen geschaffen worden. Mehr noch: Das BLS korrigierte die Zahlen für die Monate Mai und Juni drastisch nach unten. Die Wachstumsrate des US-Arbeitsmarkts liegt demnach nun bei durchschnittlich 35.000 neuen Jobs in den vergangenen drei Monaten: die niedrigsten Werte seit dem Beginn der Covid-Pandemie 2020. Beobachter rechnen die schlechten Zahlen Trumps Zollpolitik an. US-Unternehmen seien verunsichert über den Kurs der seit jänner amtierenden Regierung in D. C.

Trump hingegen vermutet hinter den Zahlen einen politischen Angriff auf seine Person. BLS-Chefin Erika McEntarfer habe sie „manipuliert“, behauptete er. McEntarfer ist nun weg vom Fenster; sie war von Trumps demokratischem Vorgänger, Joe Biden, eingesetzt worden. Trump will statt ihr einen Vertrauten in das Amt heben.

An „Bananenrepublik“ erinnert

Der Chefsessel des BLS ist die einzige politisch besetzte Position innerhalb der ansonsten unabhängigen Behörde. Der BLS-Leiter wird von Präsidenten nominiert und muss vom Senat bestätigt werden. McEntarfer und ihre Vorgänger vermelden die monatlichen Arbeitsmarktzahlen ausschließlich; sie landen üblicherweise am Tag der Veröffentlichung auf ihrem Schreibtisch. Dass die Berichte nachträglich revidiert werden, ist zudem nicht außergewöhnlich. Ähnliches passierte auch während der Präsidentschaft Bidens.

Sowohl die öffentliche Hand als auch der Privatsektor sind auf verlässliche, unabhängige Zahlen angewiesen. Und auch die Federal Reserve, die US-Notenbank, braucht verlässliche Werte zu Arbeitsmarkt und Inflation, um ihre Entscheidungen zu treffen - etwa, wenn es darum geht, den Leitzins zu setzen. „Gute Daten helfen nicht nur der Fed. Sie helfen der Regierung, und sie helfen auch der Privatwirtschaft“, meinte jüngst Fed-Chef Jerome Powell: „Die Vereinigten Staaten sind in den vergangenen 100 Jahren Vorreiter darin gewesen, und wenn es nach mir geht, müssen wir das auch weiterhin bleiben.“

Mit Powell hat Trump freilich ebenfalls ein Hühnchen zu rupfen: Der US-Präsident hätte gern mehr Einfluss auf die Zentralbank. Doch selbst jener Mann, der das BLS während Trumps erster Amtszeit führte, kritisierte die Kündigung seiner Nachfolgerin. „Das ist schädlich“, meinte William

Beach am Sonntag gegenüber dem Nachrichtensender CNN. „Ich wüsste keine Gründe für diese Kündigung. Und es schwächt das statistische System empfindlich. Es setzt die Glaubwürdigkeit des BLS herunter.“ Die ehemalige US-Finanzministerin und Fed-Chefin Janet Yellen fand noch drastischere Worte: „Das ist eine Sache, die man sonst nur von einer Bananenrepublik erwartet.“

„Präsident will eigene Leute“

Historisch haben politische Einmischungen in Wirtschaftsstatistiken selten eine positive Wirkung. In Griechenland etwa fälschte die Regierung jahrelang die Höhe der Staatsverschuldung, was schließlich zur Schuldenkrise in den 2010er-Jahren führte. Der Chef-Statistiker dort wurde strafrechtlich verfolgt, weil er die richtigen Zahlen veröffentlichen wollte.

Bekannt ist auch der Fall Argentiniens, wo in den 2000er- und 2010er-Jahren falsche - niedrigere - Inflationszahlen von der Regierung verbreitet wurden. Der Staat verlor das internationale Vertrauen und ging pleite. Und dann ist da freilich die Türkei: Der dortige Präsident, Recep Tayyip Erdoğan, entließ den Chef der nationalen Statistikbehörde aufgrund der Höhe der Inflation im Land.

Trump's Regierung will nun Leute aus den eigenen Reihen in Statistikbehörden und die Fed heben, wo vergangene Woche ein Aufseher-Job frei wurde. „Der Präsident will seine eigenen Leute dort, sodass die Arbeitsmarktzahlen transparenter und verlässlicher sind, wenn wir sie sehen“, meinte Trumps nationaler Wirtschaftsdirektor, Kevin Hassett, am Sonntag. Er stellte das Ausmaß der Korrektur vom Freitag infrage: „Leute werden sich fragen, ob es hier ein parteipolitisches Muster gibt.“

Gaza-Krieg spaltet die internationale Soziologie

Boycott. Der Weltverband der Soziologen suspendierte die israelische Mitgliedschaft. Aus Protest trat die Österreichische Gesellschaft für Soziologie aus. Ein Lehrstück für die Politisierung der Wissenschaft.

VON CHRISTIAN ULTSCH

Wien. Der Gaza-Krieg und die Boykottbewegung gegen Israel wühlen nun auch die akademische Welt auf. Der Internationale Verband der Soziologen (ISA) hat die Mitgliedschaft der Israelischen Gesellschaft für Soziologie ausgesetzt. Zur Begründung hieß es, dass die israelische Vereinigung die dramatische Situation in Gaza nicht klar genug verurteilt habe.

Die israelischen Soziologen, die offenkundig eher links orientiert sind, bedauerten die Suspendierung und reagierten konsterniert. „Wir teilen die tiefe Betroffenheit und den Schmerz über das erschreckende Ausmaß der Zerstörung, des Todes und menschlichen Leids, das die israelische Regierung der Bevölkerung in Gaza zufügt“, hieß es in einer Aussendung des israelischen Verbands. Und weiter: „Wir teilen auch die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt und des Krieges, auf ein Abkommen, das die Freilassung aller israelischen Geiseln sicherstellt, und auf eine gerechte politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.“ Doch die Stellung-



Analyse. Israel übte immer wieder Kritik am Roten Kreuz (IKRK). Netanjahu fordert nun, dass es bei der Versorgung der Geiseln in Gaza hilft. Doch welche Voraussetzungen braucht die Organisation, um eingreifen zu können?

VON WIELAND SCHNEIDER

Wien/Jerusalem. Das Video schockierte: Die Hamas veröffentlichte Bilder des von ihnen verschleppten Israelis Eyyatar David. Der Mann sitzt in einem engen Tunnel und ist völlig abgemagert. Zuvor hatte die ebenfalls in Gaza aktive Terrororganisation Islamischer Jihad ähnliche Aufnahmen des entführten Israelis Rom Braslavski verbreitet. Israels Premier Benjamin Netanjahu hat nun das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) gebeten, bei der Versorgung der im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln zu helfen. Zuvor hatte seine Regierung immer wieder die Kritik geäußert, das Rote Kreuz tue zu wenig für die Geiseln. Aber welche Möglichkeiten hat das IKRK überhaupt? Wann kann es etwas unternehmen und wann nicht?

„Das IKRK kann letzten Endes nur das tun, was ihm die Konfliktparteien erlauben. Es kann nur das umsetzen, worauf sich die Parteien zuvor geeinigt haben“, erklärt Bernhard Schneider, Bereichsleiter Recht und Migration beim Österreichischen Roten Kreuz. Ein Bei-

spiel dafür: Das Rote Kreuz nahm die Geiseln in Empfang, die die Hamas nach früheren Abkommen freigelassen hat - ebenso wie die palästinensischen Gefangenen, die im Gegenzug von Israel enthaftet wurden. Zuvor hatten sich Israel und die Hamas auf die Freilassungen geeinigt. Die Hamas machte aus den Geiselübergaben bizarre Propagandashows. Israels Regierung zeigte sich darüber schockiert und kritisierte auch das Rote Kreuz dafür, das zynische Spektakel nicht unterbunden zu haben. Das IKRK tat schließlich, was es in solchen Fällen meist tut: Es forderte „nachdrücklich dazu auf, dafür zu sorgen, dass künftige Freilassungen menschenwürdig und privat erfolgen“.

Das Gebot der Neutralität

„Das Rote Kreuz hat keine Durchsetzungsmacht. Es kann nur an die Konfliktparteien appellieren, die Vorgaben des Völkerrechts einzuhalten“, sagt Rot-Kreuz-Rechtsexperte Schneider. Die meisten Staaten haben sich etwa in den Genfer Konventionen dazu verpflichtet, diese Vorgaben einzuhalten. Dazu

nahme änderte nichts. Die israelische Soziologen-Gesellschaft bleibt bis auf Weiteres ausgeschlossen.

Dagegen legte die Österreichische Gesellschaft für Soziologie nicht nur Protest ein, sondern erklärte aus Solidarität mit der israelischen Kollegenschaft ihrerseits ihren Austritt aus dem Weltverband. Anspruch der ISA sei es, die Soziologie weltweit zu repräsentieren, zu vernetzen und zu fördern, und zwar unabhängig von Denkschulen und politischen Meinungen, schrieb der Präsident der ÖGS, Alexander Bogner, in seiner Erklärung. Zu den Aufgaben der ISA zähle es jedoch nicht, politische Kommentare zu strittigen Themen abzugeben und nationale Mitglieder bei abweichender Meinung auszuschließen.

„Marokkanische Werte“

Kriege, so Bogner, sollten Gegenstand soziologischer Tagungen sein. Die ISA ermögliche jedoch aktuell keinen offenen Diskurs. Und deshalb scheidet der österreichische Verband aus. Auch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie lehnt die Suspendierung der israelischen Ver-

einigung ab und erwägt ebenfalls ihren Austritt. Im September soll ein Konzil darüber entscheiden.

Vor dem Fünften Soziologieforum Anfang Juli in Rabat hatte bereits der marokkanische Verband Stimmung gegen eine israelische Teilnahme gemacht. Wer mit der „zionistischen Entität“ verbunden sei, sei nicht willkommen. Alle Teilnehmer müssten „marokkanische Werte“ teilen.

In ihrer Stellungnahme wies die Gesellschaft der israelischen Soziologen sogar darauf hin, dass einige ihrer Mitglieder die Suspendierung als legitimen Ausdruck des Protests gegen den Gaza-Krieg betrachteten. Zugleich werde der Ausschluss jedoch als fehlgeleitete Strafe und Missinterpretation der Positionen israelischer Soziologen wahrgenommen. Die Suspendierung schwäche einen der letzten Orte kritischen Widerstands und stärke rechtsgerichtete Bemühungen zur Unterdrückung akademischer Freiheit in Israel.

Mit der Mitgliedschaft der iranischen Soziologenvereinigung hat der Weltverband übrigens kein Problem.